

1. Reform Pflegebildung

Der DPR fordert eine grundlegende Reform der Pflege- und Hebammenausbildung mit vertikaler und horizontaler Durchlässigkeit sowie automatischer Anerkennung innerhalb der EU (DIR 2005/36/EG). Es bedarf einer Zusammenführung der drei Pflegeberufe zu einem neuen generalistischen Beruf (mit Schwerpunktbildung) sowie der regelhaften Möglichkeit des Berufszugangs über primär qualifizierende Studiengänge. Diese Forderungen leiten sich von den veränderten und komplexeren Erfordernissen der Klienten ab.

Dieser Forderung stimmen wir zu:

Ja

Bemerkungen

Die Zusammenführung der Pflege- und Hebammenausbildung hin zu einer grundständigen Ausbildung zu einer generalisierten Pflegefachkraft, wird durch die PIRATEN zwar nicht im Programm fest gehalten, aber durch Kandidaten und Mitglieder der Fachgruppen innerhalb der PIRATEN unterstützt. Eine reine Hochschulausbildung ohne schulischen Zugang, wird in der bisherigen Diskussion aber kritisch gesehen.

2. Ausbildungskapazitäten/-finanzierung

Der DPR fordert die Erhöhung der Ausbildungskapazitäten und die Sicherstellung einer auskömmlichen Ausbildungsfinanzierung. Der zukünftige Ausbildungsplatzbedarf im Berufsfeld Pflege wird vor dem Hintergrund des demographischen Wandels rasant steigen. Nur durch mehr und bessere Qualifizierung ist die Sicherung der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung durch qualifizierte Pflegefachpersonen möglich.

Dieser Forderung stimmen wir zu:

Ja

Bemerkungen

Die Finanzierung der Ausbildung in Gesundheits- und Krankenpflege wird derzeit indirekt über die Träger der Ausbildungsstätten vorgenommen. Es bleibt zu prüfen, ob auf diesem Weg für die Ausbildung bestimmte Mittel auch immer ihr Ziel verlustfrei erreichen.

3. Gesundheitspersonalstatistik

Der DPR fordert eine Überarbeitung der bestehenden Gesundheitspersonalstatistik hin zu einer bundeseinheitlichen aussagekräftigen Statistik (stärkere Differenzierung Teilzeit, Zusatzqualifikation, Fluktuation, Altersaufbau, etc.), weil nur so eine dringend erforderliche gesundheitspolitische Planung (u.a. des Qualifizierungsbedarfes) möglich ist und damit die Gesundheitsversorgung auf Dauer gesichert wird.

Dieser Forderung stimmen wir zu:

Ja

Bemerkungen:

Aussagekräftigere Daten erleichtern Planungen. Allerdings sind grundgesetzliche Vorschriften der Zuständigkeit der Bundesländer zu beachten. Die Bedarfe können sich je nach Region

unterschiedlich darstellen, die Versorgung der Bevölkerung darf aber nicht davon abhängen, in welchem Bundesland der Mensch wohnt. PIRATEN setzen sich dafür ein, dass unter Wahrung grundgesetzlicher Rechte abgestimmt die Fakten mit dem Ziel einer Verbesserung der beruflichen Situation Pflegender erhoben werden. Messen lassen müssen sich alle Details aber an einer notwendigen Verbesserung der Versorgung der pflegebedürftigen Menschen.

4. Berufsgesetz

Der DPR fordert ein Pflegeberufsgesetz, in dem vorbehaltene Aufgabenbereiche für die professionelle Pflege festgeschrieben werden. Dies bildet die Grundlage für die interdisziplinäre Kooperation und zur Sicherung der Qualität. Zudem wird damit mittelbar eine Attraktivitätssteigerung des Berufes in der Gesellschaft erreicht. Der DPR fordert darüber hinaus die Errichtung von Pflegekammern in allen Bundesländern.

Dieser Forderung stimmen wir zu:

Ja. aber...

Bemerkungen

... obwohl sich die Mitglieder der zuständigen Fachgruppen auf Bundesebene bereits für die Einführung von Pflegekammern ausgesprochen haben, ist ein Beschluss auf Bundesebene noch nicht getroffen worden. Vorher müssten die Landesverbände als föderal zuständige Gremien sich des Themas annehmen. Ob alle Erwartungen des Pflegerats durch die Einführung der Kammern erfüllt werden können, bleibt abzuwarten.

5. Selbstverwaltung Leistungsrecht

Der DPR fordert die stimmberechtigte Beteiligung der Berufsorganisationen der Pflege und des Hebammenwesens in der Selbstverwaltung im Leistungsrecht (z.B. G-BA). Dadurch würde ein Beitrag für die Qualität der Patientenversorgung geleistet.

Dieser Forderung stimmen wir zu:

Ja

Bemerkungen

Pflege ist eine eigenständige Profession, die ihre Aufgaben zwar auch in der medizinischen Versorgung der Betroffenen verwurzelt sieht, die aber den Menschen im Ganzen mit seinen körperlichen, seelischen und sozialen Belangen in seinem Zuhause, im Altenheim oder Krankenhaus begleitet. Die Mehrzahl der Entscheidungen und Tätigkeiten werden durch die Pflegenden selbst mit dem Betroffenen getroffen und wirken nachhaltig.

Bisher werden im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) die Berufsgruppen insgesamt nicht an Entscheidungen stimmberechtigt beteiligt, es existiert, unter anderem für den Deutschen Pflegerat, aber eine Mitbeteiligung ohne Stimmrecht. PIRATEN treten dafür ein, dass die Entscheidungen und Beratungsabläufe in den nicht-öffentlich tagenden Gremien transparent gemacht werden. Die dadurch entstehende Einflussmöglichkeit kann hilfreich sein. Vorbereitend unterstützen wir alle Maßnahmen, die eine Politisierung und Aktivierung der pflegenden Berufsgruppen stärken.

6. Chief Government Nurse im BMG

Der DPR fordert im Bundesministerium für Gesundheit - wie in vielen Staaten üblich - eine Stelle einer ‚Chief Government Nurse‘ (Pflegerreferent/in mit pflegewissenschaftlicher Qualifikation) zu schaffen. Pflege im Kontext Krankheit und Pflegebedürftigkeit gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Deshalb muss eine entsprechende Position mit einer Person mit pflegewissenschaftlicher Berufsqualifikation und entsprechendem Auftrag im Ministerium vorhanden sein.

Dieser Forderung stimmen wir zu:

Ja

Bemerkungen

Diese Forderung wird unterstützt, da die PIRATEN die Notwendigkeit sehen, dass Fachleute über Fachthemen befinden und nicht Fachfremde. So sind z.B. Mediziner und Sozialarbeiter Fachleute in ihren Professionen, es fehlt aber an der Fachkompetenz, pflegerische Handlungsweisen und Entwicklungen zu evaluieren und zu bewerten. Aus diesem Grund wird die Forderung nach Pflegewissenschaftlichen Stabsstellen im Ministerium und weiteren betroffenen Behörden geteilt.

Ob die Einführung einer wahrscheinlich von Regierungsfractionen oder der Verwaltung nach fachfremden Kriterien besetzten Stelle ohne vorherige Festlegung der Zuständigkeiten und Vollmachten die Pflege wird verbessern können, bleibt abzuwarten.

7. Schnittstellen zwischen den Sozialgesetzbüchern

Der DPR fordert eine bessere inhaltliche Abstimmung der Sozialgesetzbücher. Damit werden durch Zusammenführung gesetzlicher Regelungen die bestehenden Schnittstellen zwischen den sozialrechtlichen Regelungen effektiver als bisher überwunden. Die in der Praxis bestehenden Versorgungsdefizite an diesen Schnittstellen werden wirksam abgebaut und Anreizsysteme für die Vermeidung/Reduzierung von Pflegebedürftigkeit geschaffen.

Dieser Forderung stimmen wir zu:

Ja

Bemerkungen

Die Probleme für pflegebedürftige Menschen sind besonders an den Schnittstellen der in Sektoren zergliederten Landschaft der Gesundheitsversorgung lange beobachtet und wissenschaftlich umfangreich (u.a. durch den Sachverständigenrat im Gesundheitswesen) beschrieben. Diese Probleme bestehen selbst allein innerhalb des SGB V. Über die Reihenfolge der Maßnahmen (Gesetzbücher zusammen führen, Sektorengrenzen innerhalb der Versorgung durchlässiger machen) muss noch beraten werden.

8. Umsetzung Pflegebedürftigkeitsbegriff

Der DPR fordert die Umsetzung des vorliegenden neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes in der Feststellung des Unterstützungsbedarfes bis hin zur Gestaltung der finanzierten Leistungen. Dabei sind die Prävention von Pflegebedürftigkeit und pflegerische Rehabilitation zu stärken.

Dieser Forderung stimmen wir zu:

Ja, aber...

Bemerkungen

... es gibt leider mehr als einen Pflegebedürftigkeitsbegriff, eine Einigung der unmittelbar und mittelbar Beteiligten steht aus. Eine Beteiligung nichtprofessioneller Pflege in den bisherigen politischen Diskurs wurde nicht ermöglicht. Deshalb beschränken sich PIRATEN zu der Frage auf die grundsätzliche Zielsetzung ihrer gesundheitspolitischen Arbeit: Die Verbesserung der Versorgung kranker und Menschen mit Behinderungen ist zentral, Prävention muss ausgebaut werden, die Finanzierung ist wirtschaftlich zu gestalten.

9. Gesundheit & Soziales

Der DPR fordert, die Zusammenhänge von Gesundheit und sozialen Faktoren stärker in den Blick zu nehmen. Entsprechende (pflegerische) Leistungen (z.B. Beratung und Patientenedukation, Kindergesundheit durch School Nurses, Ausbau ambulanter psychiatrischer Pflege sind in den Leistungskatalog der GKV aufzunehmen und adäquat zu vergüten.

Dieser Forderung stimmen wir zu:

Ja, aber...

Bemerkungen

... es sollte auch auf die bessere Beteiligung an den bestehenden Jugend-Vorsorgeuntersuchungen hingewirkt werden. Auch die Lehrkräfte sollten entsprechend stärker geschult werden. Aber auch bei dieser Frage ist zu klären, ob allein die Einzahler in die GKV solche Leistungen sollen bezahlen müssen. Sachgerechter wäre eine Beteiligung nach finanzieller Stärke. Dazu sind noch umfangreich Voraussetzungen zu diskutieren und zu schaffen.

10. Präventionsgesetz

Der DPR fordert auf Bundesebene ein umfassendes Präventionsgesetz. Gesundheitsförderung und Prävention würden Krankheitskosten senken und Eigenverantwortung der Menschen stärken. Eine besondere Bedeutung hat hierbei die Verringerung von gesundheitlicher Ungleichheit durch soziale Benachteiligung.

Dieser Forderung stimmen wir zu:

Ja

Bemerkungen

Prävention und gesundheitliche Bildung halten wir für die Grundvoraussetzung, um tatsächlich selbstbestimmte und eigenverantwortliche Entscheidungen in Gesundheitsfragen treffen zu können.

11. Personalbemessung und Finanzierung Personalkosten

Der DPR fordert die gesetzliche Festlegung einer verbindlichen Personalausstattung für die Pflege (Gesundheits- und (Kinder)Krankenpflege) und die Geburtshilfe (Hebammen). Diese ist durch eine aufwandsgerechte Vergütung der pflegerischen Versorgung durch einen Ausgleich im Finanzierungssystem abzusichern und damit attraktive Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Dieser Forderung stimmen wir zu:

Im Prinzip ja, aber....

Bemerkungen

.... die Bedeutung von Arbeitsplatzzufriedenheit für die Qualität pflegerischer Versorgung drückt sich in den Grundsatz- und Wahlprogrammbeschlüssen der PIRATEN aus. Das gilt für alle Berufe im Versorgungskontext. Die Ausgliederung von Pflegefinanzierung aus dem Gesamtkontext der Finanzierung von Krankenhäusern und Pflegeheimen kann aber auch zu Dokumentationsanforderungen führen, die dann wiederum die Pflege beeinträchtigen. Inwieweit eine Quote für die Personalausstattung in die Zuständigkeit des Bundes fallen könnte ist fraglich. Die gut klingende Forderung ist deshalb in ihren Auswirkungen und Voraussetzungen noch zu diskutieren.

12. Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz

Der DPR fordert die Sicherstellung einer gesundheitsschützenden und -fördernden Arbeitsumgebung für Pflegende durch Gesetz. Darüber soll erreicht werden, dass Pflegefachpersonen und Hebammen ihren Beruf gesund und bis zum Erreichen des Renteneintrittsalters ausüben können.

Dieser Forderung stimmen wir zu:

Ja, aber...

Bemerkungen

...dass ein Gesetz nur für die beiden genannten Berufsgruppen an der Situation etwas verbessern könnte muss noch diskutiert werden. Gesundheitsschutz gehört zu den grundlegenden Anforderungen an alle Arbeitsplätze.

13. Förderung Pflegeforschung

Der DPR fordert eine Ausweitung der Finanzierung von Pflegeforschung und pflegebezogener Versorgungsforschung sowie die Gründung eines Institutes für Pflegeepidemiologie mit öffentlichen Mitteln. Dazu ist es erforderlich, spezifische Förderprogramme zu schaffen, die auch zur Entwicklung des pflegewissenschaftlichen Nachwuchses beitragen.

Dieser Forderung stimmen wir zu:

Ja, aber...

Bemerkungen

... nur unter der Bedingung, dass die mit staatlicher Unterstützung erzielten Forschungsergebnisse öffentlich publiziert und barrierefrei zugänglich sind.